

Politische Bildung in der Sekundarstufe I und in der Berufsschule im Bundesländervergleich 2020

Mahir Gökbudat

Zusammenfassung

Seit 2018 vergleicht das Ranking der Politischen Bildung jährlich, wie viel politische Bildung Schüler*innen der Sekundarstufe I in allen Bundesländern erhalten. Indem es die Stundentafeln der Bundesländer auswertet und die Wochenstundenzahl der Leitfächer der politischen Bildung vergleicht, schafft das Ranking Transparenz über politische Entscheidungen und deren Erfolg im Feld der politischen Bildung in der Schule. Der Beitrag bietet einen Einblick in die zentralen Ergebnisse des diesjährigen bundesweiten Ländervergleichs*.

1. Einleitung

Das 4. Ranking Politische Bildung befasst sich mit dem zeitlichen Umfang und der Platzierung des Leitfaches der politischen Bildung in der Sekundarstufe I und in der Berufsschule in Deutschland. Die Studie analysiert die Stundentafeln der jeweiligen Schulformen und ermittelt die prozentuale Stundentafelquote für das jeweilige Leitfach der politischen Bildung. Für die Berufsschule wird eine Quote an der Ausbildungszeit berechnet (Lernzeitquote). Das Ranking erhebt also den zeitlichen Anteil der politischen Bildung am Gesamtunterricht in der Sekundarstufe I und an der Gesamtausbildungszeit in der Berufsschule. Diese quantitative Analyse ermöglicht die Ermittlung des relativen Stellenwerts der politischen Bildung in einem Bildungsgang. Sie erlaubt keine Aussagen über die inhaltliche Umsetzung, etwa in den einzelnen Kernlehrplänen, den Stundenplänen der Schulen oder im Unterricht selbst.



Mahir Gökbudak

Lehrer im Hochschuldienst

Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Didaktik der Sozialwissenschaften

Auch das 4. Ranking Politische Bildung analysiert die rechtlich verbindlichen bildungspolitischen Vorgaben für die Verteilung von Unterrichtszeit. Es zeigt, dass das bildungspolitische Engagement der Landesregierungen für die politische Bildung sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Der Stundentafelanteil ist ein bildungspolitisch hoch relevanter Indikator: er belegt die relative Bedeutung, die die Bildungspolitik dem Leitfach der politischen Bildung in Form von obligatorischer Lernzeit zumisst. Wie der Landeshaushalt den politischen Willen des Gesetzgebers in Form von Haushaltskapiteln und deren Finanzausstattung ausdrückt, so kommt in Stundentafeln der bildungspolitische Wille in Form von Schulfächern und deren Wochenstunden zum Ausdruck.

2. Methodisches Vorgehen

Die schulische politische Bildung der 16 Bundesländer ist divers, komplex und nicht selten auch intransparent. Das bundesweite Ranking konzentriert sich auf die quantitative Ausgestaltung der schulfachlich organisierten politischen Bildung in den Stundentafeln und verwendet einen einfachen, quantifizierenden Indikator. Das Ranking Politische Bildung reduziert diese Vielfalt auf das dafür zuständige Schulfach (Leitfach), auf die Stundentafelwochenstunden des Faches sowie auf den prozentualen Anteil an der Gesamtsumme der Kontingentstunden eines ganzen Bildungsgangs (Stundentafelquote).

Jedes Ranking verlangt bekanntlich nicht nur eine radikale Reduzierung der diversen und komplexen Realitäten, die es miteinander vergleichen will, und eine Konzentration der Analyse auf sehr wenige Aspekte. Ein Ranking wird erst dadurch möglich, dass man die reale Vielfalt methodisch ordnet, kategorisiert und vergleichbar macht. Beides ist notwendigerweise mit methodischen Entscheidungen und mit Informationsverlust verbunden. Das gilt ganz besonders, wenn man sich auf einen quantitativen Indikator beschränkt.

Das 4. Ranking Politische Bildung erfasst erstmals neben den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I auch die Berufsschule. Die Datenbasis dafür besteht aus den Stundentafeln, die die Bundesländer für den schulischen Teil der drei- und dreieinhalbjährigen Ausbildungsgänge der dualen Berufsausbildung erlassen haben. Sie bestimmen die Wochenstunden oder Unterrichtsstunden für die einzelnen Schulfächer oder Lernbereiche der Berufsschule, die den schulischen Teil der Berufsausbildung organisiert. Bei den allgemeinbildenden Schulen stehen diese Vorgaben in den Stundentafeln für die Sekundarstufe I des Gymnasiums und für die anderen Schulformen dieser Schulstufe, die das Ranking erfasst. Die Stundentafeln definieren die Wochenstunden, deren Verteilung auf die Jahrgangsstufen und die Gesamtwochenstundenzahl für die jeweiligen Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I. Für die Berufsschule gelten die Stundenkontingente für einzelne Ausbildungsjahre oder die Gesamtausbildungszeit. Das Ranking untersucht weder die Kernlehrpläne für die Leitfächer der politischen Bildung noch die Zeiten für obligatorische Lernarrangements außerhalb des Unterrichts (Unterrichtszeitäquivalente).

Für das Erstellen des Rankings wurden die Wochen(unterrichts)stunden in den ministeriell vorgegebenen Stundentafeln für die Leitfächer der politischen Bildung ana-

lysiert (Strukturanalyse) und die einzelnen Stundentafelquoten berechnet. Für die Schulen der Sekundarstufe I ermitteln wir die Stundentafelquote für das Leitfach der politischen Bildung als den prozentualen Anteil der durchschnittlichen Wochenstunden für das Leitfach der politischen Bildung an allen Wochenstunden der Sekundarstufe I.

Für die Fachklassen der Berufsschule im dualen System ist eine modifizierte Vorgehensweise erforderlich. In der Sekundarstufe I strukturieren und verteilen die Stundentafeln mittels der Wochenstunden für Fächer, Wahlpflichtbereiche und frei verfügbare Kontingente die gesamte Lernzeit der Schülerinnen und Schüler. Dagegen erfassen die Stundentafeln der Berufsschule nur den schulischen Teil der Ausbildungszeit, während deren größerer Teil auf die Ausbildung im Betrieb entfällt. Berechnungsgrundlage für die Berufsschule ist deshalb die gesamte, schulische und betriebliche Ausbildungszeit.

Das Ranking erfasst jeweils das Leitfach der politischen Bildung mit insgesamt 41 Schulfachfällen in der allgemeinbildenden Sekundarstufe I und 16 Schulfachfällen in der Berufsschule. Die Kultusministerien benennen das Leitfach bekanntlich sehr unterschiedlich.

Das Ranking nimmt zwingend die Fächer der politischen Bildung auf, die die Stundentafeln explizit dem Lernbereich Gesellschaftswissenschaften zuordnen. Beim seltenen Fall von vollständig integrativ angelegten Fächern – etwa Gesellschaftslehre an Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz – wurden deren Wochenstunden entsprechend dem Sozialkundeanteil am Gymnasium berechnet. Unterschiedliche inhaltliche Gewichtungen innerhalb des jeweiligen Faches, etwa durch im Lehrplan vorgegebene Bereiche wie Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht oder Inhaltsfelder oder Schulstundenvorgaben für einzelne Themenbereiche, gehen nicht in die Analyse ein.

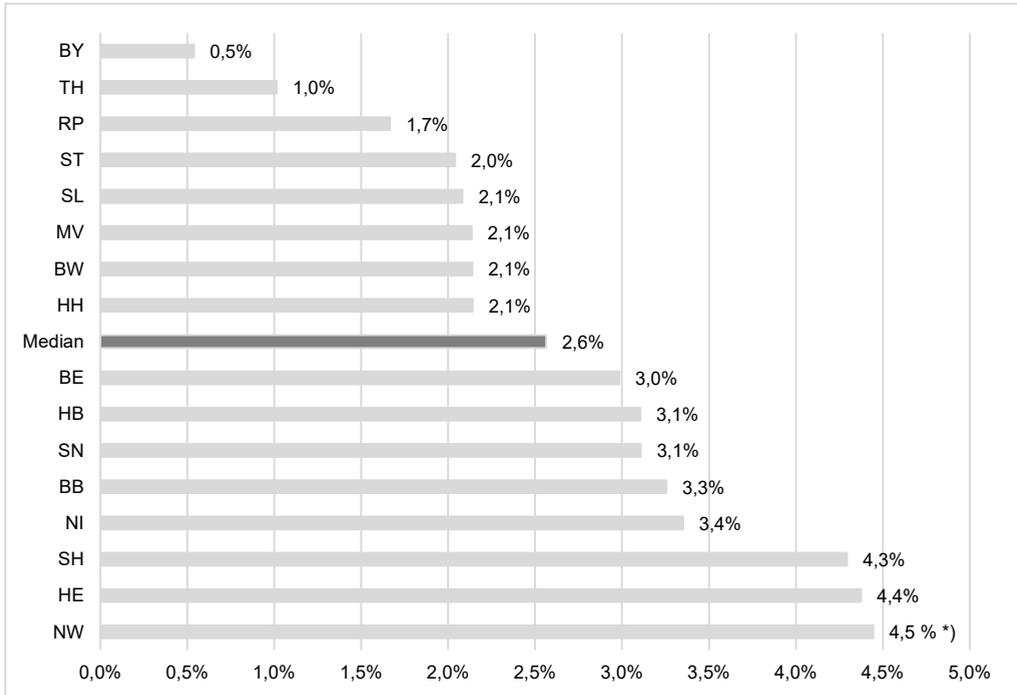
3. Ergebnisse aus dem Ranking für politische Bildung 2020

3.1 Die Lage der politischen Bildung an den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I

Im Folgenden werden zunächst die aktuellen Daten zur Position des Leitfachs der politischen Bildung in den Stundentafeln für die Sekundarstufe I des Gymnasiums und die nichtgymnasialen Schulformen der Sekundarstufe I präsentiert. Wir verwenden dafür, wie oben erläutert, den prozentuale Wochenstundenanteil (Stundentafelquote) als Indikator.

Welche Position weist der gymnasiale Bildungsgang dem Leitfach der politischen Bildung in der Sekundarstufe I zu? Die Antwort fällt je nach Bundesland recht unterschiedlich aus, eine Gemeinsamkeit in der Wertschätzung von politischer Bildung kann man in den Stundentafeln nicht erkennen. Das gesamte Feld besteht aus einer kleinen Gruppe, die weit hinter den Median zurückfallen, einem breiten unteren Mittelfeld, einer ambitionierteren Gruppe des oberen Mittelfelds, die deutlich über dem Median liegen, sowie einer kleinen Spitzengruppe (Übersicht 1).

Übersicht 1: Ranking Politische Bildung für das Leitfach der politischen Bildung am Gymnasium 2020 (Sekundarstufe I)



Stundentafelquoten, gerundet. BB Brandenburg, BE Berlin, BW Baden-Württemberg, BY Bayern, HB Bremen, HE Hessen, HH Hamburg, MV Mecklenburg-Vorpommern, NI Niedersachsen, NW Nordrhein-Westfalen, RP Rheinland-Pfalz, SH Schleswig-Holstein, SL Saarland, SN Sachsen, ST Sachsen-Anhalt, TH Thüringen.

*) Enthält 1,1 Prozentpunkte mit Zweckbindung für ökonomische Bildung im Zuge der Umstrukturierung des Leitfaches von Politik-Wirtschaft in Wirtschaft-Politik.

Die Gruppe der weit Unterdurchschnittlichen besteht aus Bayern, Thüringen und Rheinland-Pfalz. Diese Bundesländer belegen damit bereits zum vierten Mal hintereinander die letzten Plätze im Ranking und führen die Geringschätzung der politischen Bildung auch in diesem Jahr fort.

Mit recht ähnlichen Werten befinden sich Sachsen-Anhalt, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Baden-Württemberg in der Gruppe des unteren Mittelfelds. Im oberen Mittelfeld rangieren Berlin, Sachsen, Bremen, Brandenburg und Niedersachsen. Hier ist das Leitfach der politischen Bildung in den Stundentafeln vergleichsweise gut verankert. Die Einzelwerte liegen deutlich über dem Median.

Schleswig-Holstein, Hessen und Nordrhein-Westfalen gehören mit den Plätzen 1 bis 3 zu der Spitzengruppe. In diesen drei Bundesländern wird dem Leitfach der politischen Bildung ausreichend viel Unterrichtszeit in der Stundentafel eingeräumt. Die Verbesserung der Stundentafelquote beim nordrhein-westfälischen Gymnasium geht auf eine Erhöhung der Wochenstunden für das neue Fach Wirtschaft-Politik zurück. Das Schulministerium legt dafür eine Zweckbindung fest, dass die zusätzlichen Stun-

den „für die Stärkung der ökonomischen Bildung eingesetzt werden“ sollen (MSB 2018, 1). Mit der Umbenennung des Leitfaches von Politik-Wirtschaft in Wirtschaft-Politik unterstreicht die nordrhein-westfälische Landesregierung den didaktischen Primat von Ökonomie vor Demokratie.

Im gesamten Ländervergleich schneidet Bayern erneut besonders schlecht ab und hält damit kontinuierlich an der systematischen Vernachlässigung politischer Bildung in der Stundentafel fest. In keinem anderen Bundesland haben Gymnasiastinnen und Gymnasiasten so wenig politische Bildung in der Sekundarstufe I. Im Vergleich mit Nordrhein-Westfalen, Hessen und Schleswig-Holstein bietet man bayrischen Schülerinnen und Schülern am Gymnasium im Rahmen der politischen Bildung weiterhin weniger als ein Achtel der Unterrichtszeit.

Thüringen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Baden-Württemberg weisen im besten Fall nur knapp über 2 Prozent ihrer gesamten Lernzeit dem Fach der politischen Bildung zu. Der politischen Bildung wird in diesen Ländern eine randständige Position zugewiesen.

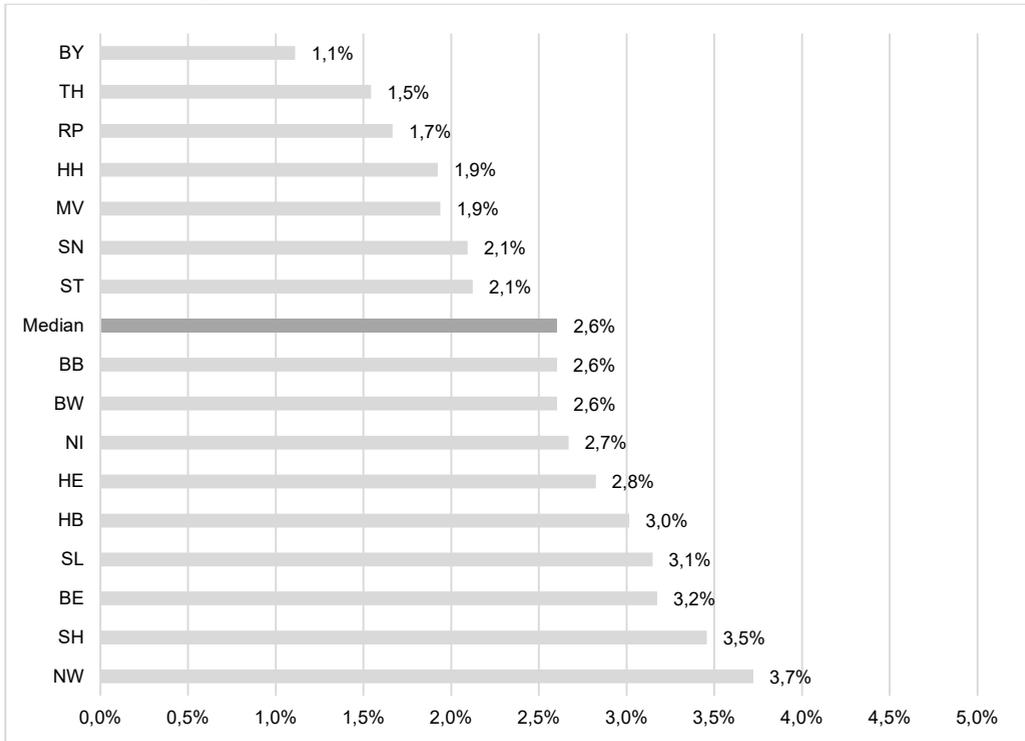
Wie stark ist das Leitfach der politischen Bildung in den Stundentafeln der nichtgymnasialen Schulformen der Sekundarstufe I? Hier haben wir die durchschnittlichen Stundentafelquoten als arithmetisches Mittel für jedes Bundesland berechnet, wenn mehr als eine Schulform erfasst wurde. Diese Ergebnisse ermöglichen einen Vergleich mit der Bedeutung der politischen Bildung am Gymnasium im selben Bundesland.

Die empirische Analyse ergibt auch in diesem Durchgang eine deutliche Rangordnung der Bundesländer bei der Stellung der politischen Bildung an den nichtgymnasialen Schulformen (Übersicht 2). Die Struktur besteht wie im Vorjahr aus den folgenden fünf Ländergruppen: besonders Defizitäre, deutlich Unterdurchschnittliche, Mittelmäßige, Ambitionierte und Spitzengruppe.

Bayern bietet an nichtgymnasialen Schulformen zwar mehr Unterrichtszeit für die politische Bildung an als an bayrischen Gymnasien, bleibt jedoch im Ländervergleich auch in diesem Ranking erneut Schlusslicht. Die Gruppe der stark Unterdurchschnittlichen bilden Thüringen und Rheinland-Pfalz, die weit hinter dem Median bleiben. Ebenfalls unter dem Median befinden sich auch Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt, die das untere Mittelfeld bilden.

Zum oberen Mittelfeld gehören Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen und Hessen, die beim Median oder leicht darüber liegen. Die Länder Bremen, Saarland und Berlin gehören zu der Gruppe der Ambitionierten. Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen tauschen die Spitzenposition, beide belegen aber wieder die ersten beiden Plätze im Ranking. Nordrhein-Westfalen profitiert auf den ersten Blick von der Neuregelung des Leitfaches der politischen Bildung an der Gesamtschule. Das Fach Politik wird ab dem Schuljahr 2020/2021 schrittweise von dem Fach Wirtschaft-Politik abgelöst, gleichzeitig wird das Fach Arbeitslehre-Wirtschaft komplett abgeschafft. Das neue Leitfach hat einen höheren Stundentafelanteil, was zumindest quantitativ zu einer Verbesserung der Stundentafelquote führt. An Realschulen wurde der Stundentafelanteil des Leitfaches reduziert. Dies wird in den NRW-Durchschnittswerten für die nichtgymnasialen Schulformen durch die Erhöhung der Stundenanteile an der Gesamtschule kompensiert.

Übersicht 2: Ranking Politische Bildung für das Leitfach der politischen Bildung an nichtgymnasialen Schulformen 2020 (Sekundarstufe I)



Stundentafelquoten, gerundet. BB Brandenburg, BE Berlin, BW Baden-Württemberg, BY Bayern, HB Bremen, HE Hessen, HH Hamburg, MV Mecklenburg-Vorpommern, NI Niedersachsen, NW Nordrhein-Westfalen, RP Rheinland-Pfalz, SH Schleswig-Holstein, SL Saarland, SN Sachsen, ST Sachsen-Anhalt, TH Thüringen.

Innerhalb der Länder zeichnen sich allerdings in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen nichtgymnasialen Schulformen ab. In Hessen ist die Stundentafelquote für das Leitfach der politischen Bildung an der Realschule mit 3,4 Prozent ein Drittel höher als an der Gesamtschule, die auf nur 2,3 Prozent kommt. In Niedersachsen haben Realschule und Oberschule eine Quote von 2,3 Prozent, die Gesamtschule dagegen 3,5 Prozent. Besonders massiv ausgeprägt sind die Differenzen in NRW. Die Stundentafelquote für das Leitfach der politischen Bildung an nordrhein-westfälischen Gesamtschulen liegt nun bei 4,8 Prozent, an der Realschule nur bei 2,7 Prozent. Darin kommt die Einführung des neuen Faches Wirtschaft zum Ausdruck, in das die Landesregierung die ökonomischen Inhalte des Leitfaches der politischen Bildung verschoben hat.

Auffällig ist auch in diesem Jahr, dass vier von fünf ostdeutschen Ländern der politischen Bildung im Schulunterricht sehr wenig Raum geben und deutlich hinter dem Median zurückbleiben.

In einem weiteren Analyseschritt wurden Lernzeiten für das Leitfach der politischen Bildung zwischen dem Gymnasium und anderen Schulformen der Sekundarstufe I untersucht. Insgesamt ist die politische Bildung am Gymnasium stärker vertreten als an anderen Schulformen. Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben in neun Bundesländern mehr politische Bildung im Unterricht als Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen. Besonders deutlich wird dies in Hessen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg. Ausgeglichen ist das Verhältnis lediglich in Rheinland-Pfalz, Bremen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Lediglich in den vier Bundesländern Saarland, Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg haben Schülerinnen und Schüler der nichtgymnasialen Schulformen mehr Unterricht in politischer Bildung als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

Betrachtet man die Spitzengruppen isoliert miteinander, ergibt die empirische Analyse signifikante Unterschiede. Im Vergleich zu den nichtgymnasialen Schulformen weisen Gymnasien der Spitzengruppe politischer Bildung eine deutlich höhere Bedeutung zu. Während an nichtgymnasialen Schulformen die Durchschnittswerte deutlich unter 4 Prozent liegen, kommen die Länder der gymnasialen Spitzengruppe einzeln betrachtet auf jeweils weit mehr als 4 Prozent.

Die Marginalisierung der politischen Bildung zeigt sich nicht nur durch den unterschiedlichen Stellenwert in den Bundesländern, sondern sie wird noch verstärkt durch die unterschiedliche Platzierung im Bildungsgang (vgl. Gökbudak/Hedtke 2020: 4-6). Den zeitlichen Verlauf, also in welchen Jahrgängen das Leitfach verbindlich unterrichtet werden darf, haben wir exemplarisch für das Gymnasium untersucht.

Das Leitfach der politischen Bildung beginnt im Saarland und Thüringen erst ab Klasse 9, in Bayern sogar erst ab Klasse 10. Bayrische Gymnasiastinnen und Gymnasiasten beschäftigen sich somit in der gesamten Sekundarstufe I nur in einem einzigen Schuljahr mit politischer Bildung. Im Saarland und Thüringen sind es zwei Schuljahre. Damit liegen Bayern und Thüringen auch in diesem Vergleich auf den letzten beiden Plätzen. Beide Länder vernachlässigen die politische Bildung durch die geringe Unterrichtszeit sowie die zeitlich späte und begrenzte Platzierung im Bildungsgang.

In der zweiten Gruppe setzt die politische Bildung erst mit dem 8. Jahrgang ein. Zu dieser Gruppe zählen Baden-Württemberg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Die dritte Gruppe startet mit dem Unterricht in der politischen Bildung in Klasse 7. In diese Kategorie fallen Sachsen, Berlin, Hamburg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz.

Bemerkenswert ist jedoch, dass nur in Niedersachsen und Sachsen das Stundenkontingent für einen dreijährigen Politikunterricht mit durchgängig zwei Wochenstunden reicht. Die Sekundarstufe I besteht in Berlin und Brandenburg nur aus den Jahrgängen 7 bis 10. Das Leitfach der politischen Bildung kann dort ab der Klasse 7 beginnen. Das Stundenkontingent ermöglicht in beiden Ländern bei durchgängig zwei Wochenstunden zwei bzw. zwei und ein Drittel Schuljahre Politikunterricht.

Zu der vierten Gruppe gehören Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. In diesen Ländern kann das Leitfach der politischen Bildung ab der Klasse 5 unterrichtet werden. In Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-West-

falen reichen die Stundenkontingente für dreieinhalb bzw. vier Schuljahre Politikunterricht mit zwei Stunden wöchentlich.

Auffällig ist bei dem Befund, dass drei Viertel der Bundesländer die Jahrgangsstufen 5 und 6 weiterhin völlig politikfrei halten. Die Schulen bieten den i.d.R. etwa zehnjährigen bis zwölfjährigen Kindern keine Gelegenheit, sich im Unterricht mit politischer Bildung zu beschäftigen. Die Auseinandersetzung mit demokratischen Systemen und Strukturen bleibt den Kindern ebenso fremd, wie der Umgang mit aktuellen antidemokratischen Strömungen. Sie können nicht mit anderen darüber kommunizieren, Begebenheiten kritisch reflektieren und sich ein eigenes Urteil bilden.

3.2 Die Lage der politischen Bildung an Berufsschulen

Für die politische Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben die beruflichen Schulen eine herausragende Bedeutung. In dieser Altersphase entwickeln sie politische Wahrnehmungs-, Einstellungs- und Deutungsmuster, ihr politisches Bewusstsein sowie ihre politische Denk-, Urteils- und Handlungsfähigkeit, im Ausbildungsbetrieb werden sie mit völlig neuen Situationen und bisher kaum bekannten Werten, Normen und Praxen konfrontiert (Zurstrassen 2012: 11-12). Aber Bildungspolitik, Wissenschaft und Öffentlichkeit zeigen wenig bis kein Interesse an der beruflichen politischen Bildung (vgl. Pukas 2010; Jung 2016). Im Fokus steht vielmehr die allgemeinbildende Sekundarstufe II an Gymnasium und Gesamtschule.

Die politische Bildung ist in den spezifischen institutionellen Kontext der Berufsschule eingebunden, der im Folgenden kurz dargestellt wird.

Die in der Bezeichnung landesspezifischen Schulfächer der politischen Bildung gehören in Berufsschulen zum berufsübergreifenden Lernbereich. Hier sind auch Fächer wie Deutsch, Englisch, Religion oder Sport verankert. Dieser Lernbereich – früher allgemeiner Lernbereich genannt – ist für alle Schülerinnen und Schüler der Berufsschule obligatorisch und umfasst überwiegend rund 4 Wochenstunden. Seit rund einem halben Jahrhundert (vgl. Kutscha 1982: 58; Weidinger 1996: 67) gehört in vielen Bundesländern eine Stunde Politik dazu. Insofern kann man die „politische Bildung als konstante Säule im Feld der allgemeinbildenden Fächer der Berufsschule“ bezeichnen (Besand 2014: 56).

Belastbare Daten zur tatsächlichen Erteilung des Unterrichts in Politik fehlen. Sie liegen zwar teils bei den Schulministerien vor, werden jedoch nicht oder nicht fächer-spezifisch veröffentlicht. Zudem verkompliziert die Lernfeldorientierung die Erhebung. Wie bei allgemeinbildenden Schulen legen die Länder in Ausbildungs- und Prüfungsordnungen fest, welche Fächer in welchem zeitlichen Umfang zu unterrichten sind. Dafür nutzen sie die Form von Stundentafeln, mit denen sie Wochenstunden oder Gesamtunterrichtsstunden vorgeben.

Das Ranking politische Bildung 2020 nimmt die politische Bildung in der Berufsschule des dualen Systems in den Blick. Hier lernten 2019 rund 1,4 Mio. Auszubildende, etwa doppelt so viele wie in der Sekundarstufe II des allgemeinbildenden Gymnasiums.

4. Die Ergebnisse zum Stellenwert der politischen Bildung in der dualen Berufsausbildung

In den meisten Bundesländern steht für das Fach der politischen Bildung laut ministeriellen Vorgaben rund eine Schulstunde pro Woche zur Verfügung, mit in der Regel 45 Minuten. Nur Hamburg begnügt sich mit einer halben Zeitstunde, während Mecklenburg-Vorpommern eine Stunde und Schleswig-Holstein 90 Minuten vorsieht. Der 16. Kinder- und Jugendbericht fordert bundeseinheitlich mindestens zwei Stunden Politik pro Woche (BMFSFJ 2020: 55).

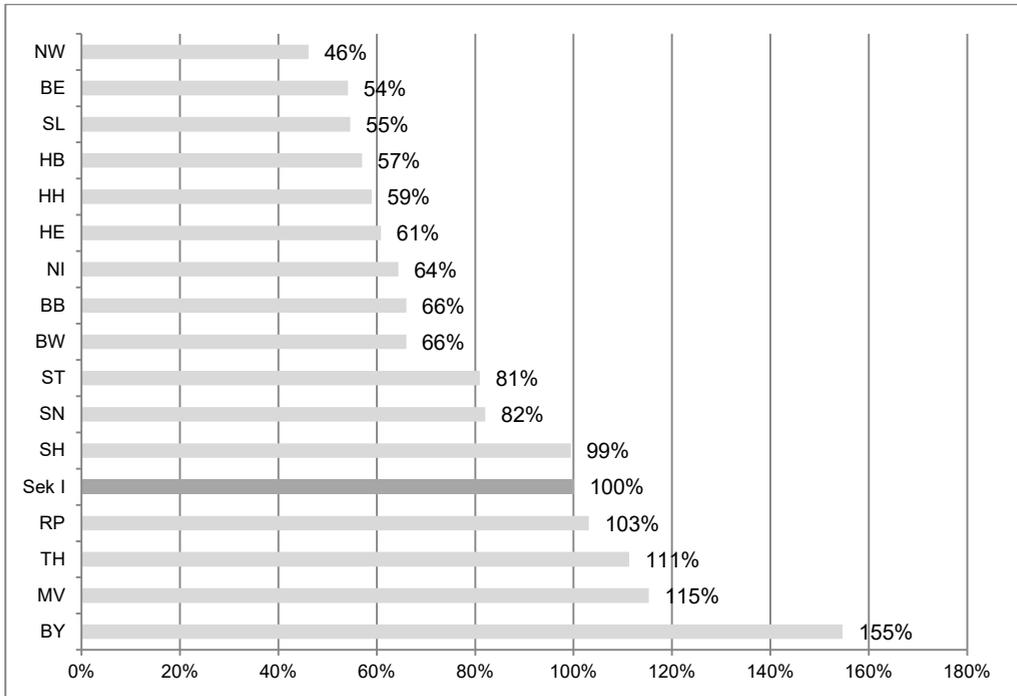
Berufsschülerinnen und Berufsschüler kommen in der Regel von allgemeinbildenden Schulen, an denen politische Bildung ebenfalls zum obligatorischen Fächerkanon gehört. Wie ändert sich für sie der Stellenwert der politischen Bildung beim Wechsel in die Berufsschule? Das haben wir berechnet, indem wir die eben dargestellten Lernzeitquoten ins Verhältnis zu den Lernzeitquoten der Sekundarstufe I gesetzt haben (Quotenrelation). Ein Wert von 50 Prozent bedeutet, dass der obligatorische Zeitanteil für politisches Lernen in der Berufsschule nur halb so groß ist wie in der allgemeinbildenden Schule. Bei 100 Prozent ist das Gewicht von politischer Bildung in beiden Schulformen gleich.

Gemessen an der gesamten Lernzeit sehen elf Bundesländer für die Berufsschule wesentlich weniger obligatorische Lernzeit vor als an den allgemeinbildenden Schulen (vgl. Übersicht 3). In dieser Gruppe der Unterdurchschnittlichen sinken die Lernzeitquoten auf Werte zwischen 46 und 66 Prozent des planmäßigen Politikunterrichts an der Herkunftsschule. Anders ausgedrückt: verlässt man die allgemeinbildende Schule, dann verringert sich der Anteil der politischen Bildung an der gesamten Lernzeit in der Berufsschule im besten Fall um ein Drittel, im schlechtesten um die Hälfte (vgl. auch Achour/Wagner 2019: 54-59).

Den mit Abstand schlechtesten Platz belegt Nordrhein-Westfalen, hier geht der Lernzeitanteil für die politische Bildung in der Berufsschule um mehr als die Hälfte zurück. Auch Berlin und das Saarland liegen recht weit hinten. Die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen nähern sich in ihren Berufsschulen mit einer Quotenrelation von 81 bzw. 82 Prozent der Lernzeitquote in den allgemeinbildenden Schulen etwas stärker an. Der Anteil politischer Bildung in der Berufsschule sinkt hier um etwa ein Fünftel. Die Gruppe der Durchschnittlichen besteht aus den vier Ländern: Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz erreichen in etwa den Stand der Sekundarstufe I, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gehen leicht darüber hinaus. Eine herausragende Spitzenposition bekleidet Bayern mit einer Lernzeitquote von 155 Prozent.

Für die dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufe sind die Werte überwiegend noch niedriger. Denn viele Kultusministerien ignorieren bei der Vergabe der Wochenstunden oder Unterrichtsstunden in den Studentafeln die politische Bildung im letzten Ausbildungshalbjahr. Sie stellen für die dreieinhalbjährigen Berufe dasselbe Kontingent zur Verfügung wie für die dreijährigen.

Übersicht 3: Veränderung des Lernzeitanteils für das Leitfach der politischen Bildung nach dem Übergang von der allgemeinbildenden Sekundarstufe I in die Berufsschule (dreijährige Ausbildungsberufe)



BB Brandenburg, BE Berlin, BW Baden-Württemberg, BY Bayern, HB Bremen, HE Hessen, HH Hamburg, MV Mecklenburg-Vorpommern, NI Niedersachsen, NW Nordrhein-Westfalen, RP Rheinland-Pfalz, SH Schleswig-Holstein, SL Saarland, SN Sachsen, ST Sachsen-Anhalt, TH Thüringen.

Die relative Position des Leitfachs der politischen Bildung in der Studententafel drückt nicht nur deren bildungspolitische Wertschätzung aus. Sie bestimmt auch, wie viel Zeitressourcen für sie prinzipiell zur Verfügung stehen. Aber in der schulischen Realität fällt der Politikunterricht oft aus, wird für andere Zwecke verwendet, insbesondere die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung, oder von Lehrkräften erteilt, die nicht dafür ausgebildet wurden (vgl. Besand 2014: 122-126). An vielen Berufsschulen gibt es dauerhaft viel zu wenige Fachlehrkräfte für den Politikunterricht.

In aller Regel ist deshalb zu erwarten, dass die Praxis der politischen Bildung an Berufsschulen mehr oder weniger weit hinter ihren administrativ vorgegebenen Möglichkeiten zurückbleibt.

5. Fazit

Die Studententafelquote misst die Position des Leitfachs der politischen Bildung im Fächerkanon, sie drückt die Wertschätzung durch die Bildungspolitik aus. Das Ranking zeigt für 2020, dass die Bundesländer weiterhin die schulische politische Bildung sehr

unterschiedlich wertschätzen. Eine koordinierte und einheitliche Vorstellung und Umsetzung der politischen Bildung in der Sekundarstufe I und an Berufsschulen fehlt. Das ist ein bedenklicher Befund. Denn politische Bildung bildet die Grundlage der Demokratie und die Länder übernehmen mit ihren Stundentafeln und Bildungsplänen eine Verantwortung für die Demokratieerziehung der Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland und nicht nur für ihr Bundesland.

Die erhobenen Daten bestätigen auch in diesem Jahr, die systematische Geringschätzung und Ungleichbehandlung der schulischen politischen Bildung in Deutschland und innerhalb der einzelnen Länder. Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass alle jungen Bürgerinnen und Bürger das gleiche Recht auf politische Bildung haben. „Demokratie und demokratisches Verhalten müssen von jeder neuen Generation neu gelernt und eingeübt werden“ (BMFSJF 2020: 7). Die bildungspolitische Ungleichbehandlung in der schulischen politischen Bildung ist in diesem Sinne mit der politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie und dem Bildungsauftrag der Länder nicht vereinbar.

Stundentafeln ermöglichen uns, die länderspezifischen bildungspolitischen Kulturen offenzulegen. Diese bildungspolitischen Kulturen können sich im Alltag jedoch von der Praxis der politischen Bildung an den Schulen unterscheiden. Bei den unterdurchschnittlich angezeigten Ländern ist es allerdings unwahrscheinlich, dass die Lage der politischen Bildung an den Schulen de facto besser ist als in den Stundentafeln angezeigt. Bei den Ländern dagegen, die formal und quantitativ vergleichsweise gut und sehr gut rangieren, kann es sehr wohl sein, dass die Realität in den Schulformen und Schulen schlechter ist, als es der prozentuale Anteil in den Stundentafeln erwarten lässt.

Die Stundentafeln, die die Kultusministerien erlassen, bestimmen den Namen, den zeitlichen Umfang des Leitfaches der politischen Bildung und seine Platzierung in den Jahrgangsstufen. Die Kernlehrpläne beschreiben die inhaltliche Grundstruktur des Leitfaches. Beide zusammen bringen den bildungspolitischen Willen des Gesetzgebers zum Ausdruck. Selbstverständlich kann man daraus nicht einfach auf die reale Lage an der einzelnen Schule schließen, weder hinsichtlich der Quantität des erteilten Politikunterrichts noch hinsichtlich seiner inhaltlichen Qualität.

Aus dem guten Abschneiden eines Landes im bundesweiten Ranking Politische Bildung kann man also nicht ohne Weiteres schließen, dass die politische Bildung in diesem Bundesland gut aufgestellt ist. Dazu braucht man landesspezifische Detailanalysen, die etwa die Kernlehrpläne analysieren und das Lernzeitvolumen mit anderen Fächern vergleichen. Zu den Qualitätsindikatoren gehören auch der fachspezifische Unterrichtsausfall und das Ausmaß, in dem der Unterrichtsanteil von Fachlehrkräften erteilt wird (Fachlichkeitsniveau). Der aktuelle Beitrag fokussiert sich auf den Soll-Zustand. In einem weiteren Beitrag werden wir uns dem Ist-Zustand der schulischen politischen Bildung widmen und die Ergebnisse einer bundesweiten Detailanalyse vorstellen.

Anmerkung

- * Der vorliegende Beitrag stellt einige exemplarische Ergebnisse des 4. Ranking Politische Bildung 2020 von Mahir Gökbudak, Prof. Dr. Reinhold Hedtke und Prof. Dr. Udo Hagedorn vor. Eine ausführliche Darstellung der Forschungsdaten, des methodischen Vorgehens und der empirischen Befunde finden Sie im entsprechenden Working Paper (Gökbudak/Hedtke/Hagedorn 2021).

Literatur

- Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin.
- Besand, Anja (2014): Monitor politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- BMFSFJ = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratische Bildung im Kindes- und Jugendalter. Deutscher Bundestag, Drucksache 19/24200, 19. Wahlperiode: Unterrichtung durch die Bundesregierung und Stellungnahme der Bundesregierung. Berlin. Online unter <https://www.bmfsfj.de/blob/jump/162232/16-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (Zugriff 5.5.2021).
- Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold (2020): 3. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung an allgemein-bildenden Schulen in der Sekundarstufe I im Bundesländervergleich 2019. Bielefeld: Universität Bielefeld (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 11). Online unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2941780/2943402/Ranking_Politische_Bildung_2019_final_1.pdf (Zugriff 5.5.2021).
- Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold, Udo Hagedorn (2021): 4. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung in der Sekundarstufe I und in der Berufsschule im Bundesländervergleich 2020. Bielefeld: Universität Bielefeld (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 12). Online unter https://pub.uni-bielefeld.de/download/2955456/2955502/Ranking_Politische_Bildung_2020.pdf (Zugriff 15.7.2021).
- Jung, Eberhard (2016): Die arbeits- und berufsbezogene politisch-ökonomische Bildung in der Berufsschule. Ziele, Lernfelder, konzeptionelle Umsetzung. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 112 (1), 127-150.
- Kutsch, Günter (1982): „Allgemeinbildender“ Unterricht in der Berufsschule - verwaltete Krise. In: Zeitschrift für Pädagogik 28 (1), 55-72.
- MSB (2018) = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2018): Schulfach Wirtschaft kommt 2020/21. Faktenblatt, 26. November 2018. Düsseldorf.
- Pukas, Dietrich (2010): Berufsschulpolitik und politische Bildung – (k)ein Thema für die Berufs- und Wirtschaftspädagogik. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 106 (1), 94-105.
- Weidinger, Dorothea (1996): Politische Bildung an den Schulen in Deutschland. In: Dorothea Weidinger (Hg.): Politische Bildung in der Bundesrepublik. Zum 30jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. Opladen: Leske + Budrich, 63-72. https://doi.org/10.1007/978-3-322-97345-0_4
- Zurstrassen, Bettina (2012): Politisches Lernen in der beruflichen Bildung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Auch das Berufliche ist politisch. Neun Bausteine für den lernfeldorientierten Unterricht. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 9-31.